

Denkmal ausweist, ansonsten aber ihrem Schicksal überlassen. Für die Kunstliebe bildet diese Inschrift dann gewissermaßen eine amtliche Zusicherung, daß sich die Sache lohnen wird. -hws-

Außenwirtschaft

*(26) Weiter US-Meistbegünstigung an China

Das Tauziehen um die US-amerikanische Meistbegünstigung an China (siehe auch C.a., Mai 1991, 274-276) ist vorerst beendet, obgleich die bilateralen Irritationen keineswegs beseitigt sind.

In der monatelangen Diskussion um die Verlängerung der Meistbegünstigung sprach sich Präsident Bush für eine weitere Bewilligung der Zollvorteile für chinesische Importe aus. Eine Aufhebung der Meistbegünstigung fördere Bush zufolge weder die amerikanischen Interessen noch die interne Entwicklung in China. Bush kündigte sein Veto gegen entsprechende Beschlüsse von Repräsentantenhaus und Kongreß an. Vor den negativen Auswirkungen einer Aufhebung der Meistbegünstigung auf die wirtschaftliche und innenpolitische Lage warnten auch chinesische Dissidenten in den USA. So würde dies lediglich zu einer Stärkung der konservativen Politiker führen und den Einfluß des privaten Sektors sowie der außenwirtschaftlichen Verflechtungen auf eine wirtschaftliche und politische Veränderung beschränken. Außerdem sei bei einer Aufhebung der Meistbegünstigung nicht damit zu rechnen, daß sich die Bevölkerung kritisch gegen die Regierung stellen würde. Die Entwicklung seit 1949 zeige vielmehr, daß die Regierung wirtschaftliche Krisen dadurch überwunden habe, daß sie an den Nationalismus appelliert und wieder stärkere zentrale Planungsstrukturen eingeführt habe. (IHT, 24.7.91)

Zwar stimmte das Repräsentantenhaus mit einer deutlichen Mehrheit (313:112) dafür, daß die weitere Zuteilung der Zollvergünstigung an bestimmte Bedingungen gebunden wird. Auch

vom Senat wurde im Juli eine Vorlage mehrheitlich (55:44) angenommen, die eine Bindung der Meistbegünstigung an die Verbesserung der Menschenrechtssituation und an andere Bedingungen knüpfte. Für eine Überstimmung des Präsidentenvetos ist jedoch eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Der Vermittlungsausschuß wird nunmehr einen Kompromiß ausarbeiten, doch ist insgesamt nicht mehr mit einer Überstimmung des Bush-Vetos zu rechnen. (NZZ, 30.7.91; SCMP, 2.8.91)

Obwohl nach der Verlängerung der Meistbegünstigung für Chinas Importe weiter die Zollvorteile gelten werden, hat Bush jedoch ein schärferes Vorgehen gegen die chinesische Handelspolitik angekündigt. Zwar erfolgten Mitte August d.J. noch Gespräche mit einer hochrangigen Delegation, doch führten diese nicht zu den von der amerikanischen Administration erwarteten Ergebnissen. Hierbei ging es insbesondere um die von den USA kritisierte restriktive Importpolitik, die zu einem sehr hohen amerikanischen Defizit im Handel mit China geführt haben soll. Für 1991 rechnen die USA damit, daß der chinesische Handelsüberschuß auf 12-13 Mrd. US\$ ansteigen wird. Vor diesem Hintergrund verlangt die USA den Abbau von Handelsbarrieren, die auch in Form von nicht veröffentlichten Handelsgesetzen und -bestimmungen zu einer mangelnden Transparenz im Außenhandelssystem führten. Darüber hinaus wird das Lizenzsystem, das bereits für 40% der gesamten chinesischen Importe gelten soll, als "institutioneller Schutz" gegen ausländische Produkte kritisiert. Weiterhin werden die gegenüber Importen angewandten diskriminierenden Standards und Testverfahren von der US-Administration angegriffen, da diese nach Schätzungen die Importe um 30% verteuerten. Auch die mangelnde Beachtung der Copyrights US-amerikanischer Hersteller durch China war Gegenstand der Gespräche. (FT, 20.8.91)

Während der Verlauf der Handelsgespräche vom chinesischen Delegationsleiter Tong Zhiguang, Vizeminister des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland (Mofert), als "positiv und fruchtbar" beschrieben wurde (XNA, 25.8.91), bezeichneten die Vertreter der amerikanischen Regierung diese als eine "Serie von Frustrationen". (NfA, 27.8.91) Die USA forderten die chine-

sische Regierung auf, bis Ende September einen "Fahrplan" zur Öffnung der chinesischen Märkte für amerikanische Produkte zu erstellen, da sonst die amerikanische Handelsbeauftragte der Regierung empfehlen müßte, Handelssanktionen gegen China einzuleiten. (FT, 27.8.91)

In einem Kommentar der *Financial Times* vom 24.7.91 wird das Dilemma der amerikanischen Regierung gegenüber den zunehmenden Problemen im China-Handel deutlich gemacht. Während der Periode des "Kalten Krieges" habe die Regierung die Entwicklungsländer in nicht-kommunistische und kommunistische aufgeteilt, denen Handelssanktionen auferlegt wurden. In zunehmendem Maße würden die USA nunmehr ihre Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt neu definieren und dabei stärker wirtschaftliche und nicht nur ideologische Aspekte berücksichtigen. Im Rahmen dieser neuen Ordnung würden erfolgreiche Entwicklungsländer als "Handelsproblem" und nicht erfolgreiche als "Bankproblem" eingestuft. Als Folge dieser wirtschaftlichen Umorientierung der Außenpolitik übten die USA auf die lokale Wirtschaftspolitik in Ländern der Dritten Welt mit hohem Exportüberschuß einen stärkeren Einfluß bezüglich struktureller Anpassung und Verbesserung der Importbedingungen aus. Während dies im Kommentar der *Financial Times* als durchaus legitim bewertet wird, sei jedoch das Problem darin zu sehen, daß ein Teil des amerikanischen Kongresses die Handelspolitik gleichzeitig weiter zur Durchsetzung politischer Ziele wie Demokratisierung und Restriktion von Waffenlieferungen in den Mittleren Osten einsetzen wolle. -schü-

*(27) Ausweitung des Passagier-Flugverkehrs geplant

Um mit dem steigenden Passagieraufkommen Schritt zu halten, plant China seine Transportkapazitäten auszuweiten. Diesem Ziel dient auch die mit dem US-amerikanischen Flugzeugunternehmen Boeing vereinbarte Lieferung von 13 Passagierflugzeugen vom Typ 757, die für 202 Sitze ausgerüstet sind. Der Kaufpreis für die Flugzeuge beträgt rund 800 Mio. US\$, und die Flugzeuge werden zwischen 1994 bis 1997 in Dienst gestellt werden. Insge-

samt hat Boeing ab Mitte der 70er Jahre 112 Flugzeuge zum Wert von 6,5 Mrd.US\$ an China geliefert.

Bei der Diskussion um die Verlängerung der Meistbegünstigung war der Abschluß des neuen Boeing-Auftrags noch umstritten und sogar von Li Peng selbst in Frage gestellt worden.

Bei der Auftragsplazierung handelt es sich um die teilweise Umwandlung einer Option auf den Kauf von 36 202-sitzigen Passagierflugzeugen von Boeing, die Ende Mai 1990 festgelegt wurde. Bereits im April d.J. bestellte China drei Flugzeuge von Boeing vom Typ 737 zum Wert von 110 Mio.US\$.

Die Flugzeugkäufe werden die Transportkapazitäten im Passagierflug deutlich ausweiten können. Nach Angaben der chinesischen Luftfahrtgesellschaft CAAC wird in diesem Jahr mit 3.417 Flügen gerechnet, eine Steigerung um 18% gegenüber dem Vorjahr.

Sowohl Boeings amerikanischer Mitbewerber im Luftfahrtgeschäft, das Unternehmen McDonnell Douglas, sowie das europäische Konsortium Airbus Industrie konkurrieren um den wachsenden chinesischen Luftfahrtmarkt.

Mit McDonnell Douglas besteht bereits seit 1985 ein Kooperationsabkommen über den Bau von MD-82 Flugzeugen, von denen bisher 25 in China produziert wurden. Außerdem ist geplant, ein Joint Venture in Shanghai zur Produktion von ca. 150 Flugzeugen vom Typ MD-90 (mit 158 Sitzen) und ca. 200 Flugzeugen vom Typ MD-95 (mit 105 Sitzen) im Zeitraum 1995 bis 2005 aufzubauen. Die Investitionen werden auf 200-500 Mio.US\$ geschätzt, und Shanghai würde damit zum zweitgrößten Produktionsstandort neben dem Unternehmenssitz St.Louis in Missouri werden. Zwischen Boeing und McDonnell Douglas bestand ein harter Wettbewerb um dieses Kooperationsabkommen. Während das Luftfahrt-Ministerium für die Bevorzugung McDonnell Douglas' eintrat, favorisierte die chinesische Fluggesellschaft CAAC die Firma Boeing. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß beide Organisationen unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. So ist das Luftfahrt-Ministerium vor allem an der Schaffung neuer Arbeitsplätze und dem Aufbau einer

Flugzeugindustrie interessiert, die sowohl den inländischen Markt beliefert als auch international konkurrenzfähig ist. Die CAAC will dagegen das Engagement des Luftfahrt-Ministeriums in der Flugzeugproduktion verhindern und befürchtet, zusätzliche Belastungen für die Unterstützung der Produktionsanlagen des Luftfahrt-Ministeriums hinnehmen zu müssen. (FT, 31.12.90; SCMP, 24.6., 2.8., 16.8.91; XNA, 24.6., 15.8., 17.8.91; NfA, 19.8.91) -schü-

***(28)
Zunahme des Transaktionsvolumens auf den Devisenswapzentren**

Wie *China Daily* am 12.8.91 berichtet, stieg das Transaktionsvolumen der Devisenswapzentren im 1.Halbjahr 1991 um 55,14% gegenüber der Vergleichsperiode und betrug 8,75 Mrd. US\$.

Seit 1986 können die im Außenhandel tätigen lokalen Verwaltungseinheiten und Unternehmen über Devisenüberschüsse bzw. ihre Rechte an bestimmten Devisenquoten in den von SAEC (Staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle) kontrollierten Devisentransaktionszentren anbieten.

Nach Angaben in *China Daily* sollen landesweit bereits fast 100 dieser Devisenswapzentren entstanden sein. In den wichtigsten Swap-Zentren, zu denen Shanghai, Fuzhou, Xiamen, Shenzhen, Dalian, Haikou und Hangzhou zählen, wird der Dollar mit einem Wert von 5,83 bis 5,88 Yuan gehandelt. Der offizielle Kurs betrug im April 5,2090 Yuan für 1 US\$ und fiel nach mehreren Auf- und Abwertungen Ende August auf 5,3666 Yuan. (ASWJ, 21.8.91)

Eine Gegenüberstellung der Importeinnahmen von 26,8 Mrd.US\$ (nach Statistiken des Zollamtes) und des Transaktionsvolumens auf den Devisenswap-Zentren zeigt die steigende Bedeutung dieser Zentren, da dieser Anteil bereits 32,6% ausmacht. Im Jahre 1988 wurden lediglich 18% der Deviseneinnahmen auf den Swap-Märkten gehandelt. -schü-

***(29)
Nur geringer Einfluß der Flutkatastrophe auf chinesischen Außenhandel**

Nach Einschätzung des Sprechers des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland

(Mofert), Liu Xiangdong, wird der Einfluß der Flutkatastrophe auf den chinesischen Außenhandel nur gering sein, obwohl zu den überfluteten Gebieten auch die Städte Shanghai und Nanjing sowie die Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Anhui zählen, die einen großen Teil der chinesischen Exportgüter produzieren.

Insgesamt sind bereits 90% der von der Flutkatastrophe beschädigten Eisenbahnlinien und Autobahnen wieder geöffnet und 70% der von Überschwemmungen betroffenen Betriebe haben ihre Produktion wieder aufgenommen.

Um die Einhaltung bestehender Lieferverträge mit dem Ausland zu garantieren, will Mofert den im Exportbereich arbeitenden Unternehmen in den Überschwemmungsgebieten Kapital und Materialien zur Verfügung stellen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen mit den auch für den Export produzierenden Unternehmen in anderen Landesteilen fördern. Darüber hinaus sollen die Lokalregierungen dazu ermuntert werden, mit eigenen Devisenreserven Güter für die schnelle Wiederaufnahme ihrer Produktion zu importieren. Weiterhin ist eine Readjustierung des nationalen Exportplans vorgesehen, um einerseits den von Überschwemmungen betroffenen Regionen zu ermöglichen, verfügbare Produkte exportieren zu können. Andererseits sollen andere Gebiete mehr Vertragsgüter produzieren, damit die Exportverträge eingehalten werden können. (XNA, 10.8.91)

Auch im Juli war das Wachstum der chinesischen Exporte ungebrochen. So erhöhte sich der Export gegenüber dem Vormonat nach Angaben von Liu Xiangdong um 16,9%. (SWB, 23.8.91) Chinesische Zollstatistiken geben das Handelsvolumen für Juli mit 11,66 Mrd.US\$ an, ein Anstieg von 22,5% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Exportzuwachs betrug nach Zollstatistiken 24,6% und erreichte 6,38 Mrd. US\$, während die Importe 5,28 Mrd. US\$ ausmachten und um 20% gegenüber der Vorjahresperiode stiegen. (XNA, 16.8.91)

Nach Einschätzung der *International Trade News* wird das Außenhandelsvolumen in diesem Jahr auf 125 bis 130 Mrd.US\$ steigen, ein Zuwachs von 10,8-12,7%. Begründet wird diese Prognose einerseits mit den positiven Auswirkungen der Außenhandelsreform (Außenhandelsgesellschaften sol-

len keine Subventionen mehr erhalten), Abwertung der chinesischen Währung, Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation und neuen ausländischen Kredite für China. (XNA, 11.8.91) -schü-

*(30)

Weitere japanische Kredite an China

Der japanische Ministerpräsident Kaifu hat anlässlich seines Besuchs in Beijing den zweiten Teilbetrag von 130 Mrd.Yen aus dem für den Zeitraum des 8.Fünfjahresplanes zugesagten Kreditpaket von 810 Mrd.Yen freigegeben. Der Kredit ist für den Ausbau der Infrastruktur in China bestimmt.

Für die Sanierung der Erdölfelder in Daqing und Shengli ist außerdem ein Kredit der Export-Import Bank of Japan in Höhe von 420 Mrd.Yen vorgesehen. (HB, 14.8.91) Darüber hinaus ist ein Kooperationsabkommen zwischen der staatlichen chinesischen Ölgesellschaft und der Japan National Oil Corp. über die Erdöl-Exploration im Tarim-Becken (Provinz Xinjiang) Anfang Juli abgeschlossen worden. Die japanische Gesellschaft wird 57 Mio. US\$ in die Kooperation investieren, die für einen Zeitraum von 4 1/2 Jahren festgelegt ist. (IHT, 6./7.7.91)

Ministerpräsident Kaifu forderte vor dem Hintergrund rückläufiger japanischer Investitionen China dazu auf, das Investitionsklima weiter zu verbessern. Nach Angaben Kaifus gingen die Direktinvestitionen im Fiskaljahr 1990/91 (31.März) um 20% zurück, obwohl die Anzahl der Projekte um 30% stieg. (XNA, 13.8.91; NfA, 13.8.91)

Die sino-japanischen Handelsbeziehungen haben sich dagegen wieder erholt. Nach chinesischen Zollstatistiken betrug das bilaterale Handelsvolumen im 1.Halbjahr d.J. 8,3 Mrd.US\$, ein Anstieg um 25% gegenüber der Vorjahresperiode. Der chinesische Export nach Japan belief sich auf 4,29 Mrd. US\$, ein Zuwachs von 25%; die Importe aus Japan machten 4,02 Mrd. US\$ aus, das sind rund 20% gegenüber dem 1.Halbjahr 1990. (XNA, 4.8.91) Besonders in den ersten Monaten dieses Jahres stiegen die Importe aus Japan deutlich an. So erhöhte sich der China-Export der 19 wichtigsten japanischen Handelshäuser im Vergleich

zum Vormonat im Januar 97% und im Februar 93% und auch in den Monaten März und April waren die jeweiligen Wachstumsraten mit 26,4% und 35,5% überdurchschnittlich hoch. (SZ, 13.7.91) -schü-

*(31)

Zunahme des Außenhandels mit Vietnam

Einem Bericht der *South China Morning Post* zufolge, machte das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Vietnam im ersten Halbjahr 20 Mio.US\$ aus. In dieser Zahl ist der intensive illegale Handel bzw. Schmuggel nicht enthalten. Nach Angaben der chinesischen Zeitung *Lao Dong* soll der Handel über inoffizielle Verträge zwischen 80 Unternehmen in China und Vietnam abgewickelt werden. Zwar seien diese Verträge legal, doch würden Probleme mit der Besteuerung auftreten, so daß der Staat Steuereinbußen hinnehmen müßte.

Die chinesischen Exporte umfassen vor allem Konsumgüter, wie elektrische Geräte, Kleidung etc., während die vietnamesischen Exportprodukte, einschließlich der illegalen Exporte, Kupfer, Gummi und Opium einschließen.

Eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen wird dem Bericht nach von der vietnamesischen Seite im Oktober oder November dieses Jahres erwartet. -schü-

*(32)

Exportserfolg der Sonderwirtschaftszonen

Die Exporte aus den fünf Sonderwirtschaftszonen (SWZ) machten im 1.Halbjahr 1991 4 Mrd.Yuan aus und stiegen damit um 20% gegenüber der Vorjahresperiode. Auch die Importe der SWZ erhöhten sich schnell. Der Zuwachs betrug hier 40% und der Importwert 4,3 Mrd.Yuan.

Insgesamt stellt der Außenhandel der SWZ inzwischen einen Anteil von 15% am gesamten chinesischen Außenhandel. (ASWJ, 31.7.91) -schü-

Binnenwirtschaft

*(33)

Einführung eines Sozialversicherungssystems in Hainan

Nach Angaben des stellvertretenden Gouverneurs der Provinz und Sonderwirtschaftszone Hainan, Xin Yejiang, wird für die Bevölkerung der Insel ab Oktober d.J. ein umfassendes Sozialversicherungssystem eingeführt. Hierdurch sollen für die staatlichen, kollektiven und privaten Unternehmen vergleichbare Wettbewerbsbedingungen geschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung von Hainan beschleunigt werden. Xin wies weiter darauf hin, daß die Wirtschaft Hainans überwiegend über Märkte und nicht über staatliche Planungsvorgaben koordiniert würde und daß das bestehende Sozialversicherungssystem, das lediglich die Beschäftigten in den staatlichen Unternehmen umfaßt, nicht den Entwicklungsanforderungen der größten Sonderwirtschaftszone Chinas entsprechen würde.

Das neue Sozialversicherungssystem schließt die Bereiche Renten-, Unfall- (im Industriebereich), Arbeitslosen- und Krankenversicherung ein, und auch die Beschäftigten in sino-ausländischen Joint Ventures werden dadurch abgesichert. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden sowohl von den Unternehmen als auch von den Beschäftigten geleistet. (XNA, 25.8.91)

Einem Bericht der *Renmin Ribao* vom 18.8.91 zufolge wurde Hainan vom Staatsrat im Jahre 1989 als Versuchsprüfung zur Einführung eines umfassenden Sozialversicherungssystems ausgewählt. Nach einer Phase von Untersuchungen und vergleichenden Analysen wurde das alte System den folgenden drei Prinzipien entsprechend umgestaltet:

1. Ausweitung des sehr begrenzten Geltungsbereichs der Sozialversicherung und Gestaltung eines Versicherungssystems, an dem staatliche und kollektive Unternehmen, sino-ausländische Joint Ventures und Privatbetriebe beteiligt sind.